

## Ausfuhr von Hanf 1912—1917

Fiskaljahr (endigend 30. Juni)	t	Wert pro t	Gesamtwert
1912	153 692	210	32 567 020
1913	144 575	318	46 089 488
1914	132 873	336	44 750 212
1915	125 427	310	38 039 289
1916	145 592	337	49 150 589
1917	134 612	450	60 519 756

Wie ersichtlich, übertraf die im Fiskaljahr 1916/17 ausgeführte Menge die von 1914 nur um ein Geringes, der Ausfuhrwert aber ist um nahezu 40 % größer, woran nicht zum wenigsten der Umstand Schuld trägt, daß die Fracht für Hanf von Manila nach New York 150 Gold-\$ auf die Tonne betrug, während der Normalpreis 15 bis 20 \$ ist.

## Ausfuhr von Zucker 1912—1917

Fiskaljahr (endigend 30. Juni)	t	Wert pro t	Gesamtwert
1912	186 016	111	20 801 150
1913	212 540	88	18 983 080
1914	212 970	88	18 915 964
1915	187 014	103	19 425 514
1916	312 428	110	34 406 636
1917	238 069	115	27 458 166

Preise sowohl wie Mengen des ausgeführten Zuckers sind im Kriege erheblich gestiegen, doch trat infolge mangelnder Verschiffungsgelegenheit im Fiskaljahre 1917 gegenüber 1916 ein empfindlicher Rückgang der Ausfuhr ein.

## Ausfuhr von Kopro 1912—1917

Fiskaljahr (endigend 30. Juni)	t	Wert pro t	Gesamtwert
1912	169 342	195	33 029 498
1913	113 055	206	23 295 796
1914	71 522	232	16 594 853
1915	148 756	166	24 789 424
1916	79 341	164	13 066 530
1917	70 495	197	13 884 185

Der Preis von Kopro konnte aus der Kriegskonjunktur keinen Vorteil ziehen. Die Preislage auf dem Weltmarkt war zwar gut, aber mangelnde Verschiffungsgelegenheit und sehr hohe Frachtraten drückten auf die Ortspreise, zumal die Frachtkosten bei diesem Produkte im Verhältnis zu seinem Werte sehr beträchtlich sind.

## Ausfuhr von Kofosnußöl 1912—1917

Fiskaljahr (endigend 30. Juni)	t	Wert pro t	Gesamtwert
1912	—	—	—
1913	1 302	480	625 026
1914	8 478	471	3 993 296
1915	13 253	411	5 453 028
1916	13 598	439	5 976 322
1917	25 407	511	13 001 926

Da auch zu hohen Raten nicht genügend Frachtraum gesichert werden konnte, wurde die Kopro im Lande selbst in großem Umfange zu Kofosnußöl verarbeitet, dessen Ausfuhr den Ausfall im Koproexport wettzumachen verspricht. Der Preis für Kofosnußöl in den Vereinigten Staaten, dem Hauptabgabegebiet, ist zwar im Kriege erheblich gestiegen, doch wurde die Preissteigerung fast ganz durch die erhöhten Frachtkosten bestritten.

## Ausfuhr von Tabak 1912—1917

Fiskaljahr (endigend 30. Juni)	t	Wert pro t	Gesamtwert
1912	12 547	303	3 805 288
1913	13 309	306	4 079 452

Die handelspolitischen Referentenbesprechungen, die zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland Mitte Januar wieder aufgenommen werden sollten, sind, einer Meldung aus guter Quelle zufolge, aufgeschoben worden. Man will die Verhandlungen erst dann weiterführen, wenn die Konferenzen in Breslau-Litowsk

1914	14 822	283	4 198 178
1915	11 583	274	3 179 356
1916	13 527	310	4 192 927
1917	14 137	390	5 524 373

War vor dem Kriege fast aller Blättertabak der Philippinen nach Europa ausgeführt worden, so fand im Laufe der beiden letzten Fiskaljahre Tabak der Philippinen in den Vereinigten Staaten einen vorteilhafteren Markt. Würde Frachtraummangel nicht im Wege stehen und drohten nicht Einfuhrverbote, so könnte die ganze Erzeugung der Philippinen mit Leichtigkeit in den Vereinigten Staaten Absatz finden, ohne erheblich auf die Preise zu drücken; so stark war dort die Nachfrage in der zweiten Hälfte des Fiskaljahres.

## Ausfuhr von Zigarren 1912—1917

Fiskaljahr (endigend 30. Juni)	1000 Stück	Wert je 1000	Gesamtwert
1912	175 320	30	5 320 122
1913	207 396	32	6 713 496
1914	164 065	28	5 047 080
1915	141 894	28	4 104 634
1916	151 969	30	4 596 721
1917	219 038	31	6 919 622

Durch den Ausfuhrüberschuß der drei letzten Fiskaljahre in Höhe von 82 Mill. Pesos wurde die Kaufkraft der eingeborenen Bevölkerung stark gehoben. Gleichzeitig hat in dem Maße, wie hohe Preise und Schwierigkeiten der Verschiffung die Einfuhr erschwerten, die Erzeugung von Konsumartikeln im Lande selbst an Umfang zugenommen und der Binnenhandel an Bedeutung gewonnen. Zeilt man die betrachteten sechs Fiskaljahre in eine Vorkriegs- und eine Kriegspériode, so weist die letztere gegenüber der ersteren einen Nettogewinn von rund 58 Mill. Pesos auf, der in erster Linie auf die Wertvermehrung in der Ausfuhr von Hanf, Zucker, Kofosnußöl, Tabak und Zigarren zurückzuführen ist. Da die Inseln noch lange nicht so viel hervorbringen, wie sie bei lohnenden Preisen auf dem Weltmarkt absetzen könnten, so ist ein Rückschlag für ihre Ausfuhr auch nach Rückkehr normaler Verhältnisse kaum zu befürchten.

Entsprechend dieser günstigen Wirtschaftslage gewinnt der Hafen von Manila immer mehr an Bedeutung. Die neuerdings ins Leben zurückgerufene Pacific Mail Steamship Company hat darum auch Manila zu ihrem Haupthafen auszersehen. Dieser Gesellschaft sind vom Schiffsamt der Vereinigten Staaten fünf deutsche Dampfer (nach Zeitungsnachrichten Radjah, Tübingen, Coblenz, Cambia und Prinzess Alice) überwiesen worden, die von den Amerikanern in den philippinischen Gewässern beschlagnahmt wurden. Weitere werden folgen und die Schiffe sollen hauptsächlich für die Einfuhr der großen Mengen von Kautschuk, Hanf, Jute und sonstigem Kriegsmaterial dienen, das die Vereinigten Staaten vom Orient beziehen.

Bei der Mitte Oktober 1917 erfolgten Wiedereröffnung des philippinischen Kongresses gab der Generalgouverneur Francis Burton Harrison seiner Freude über die günstige Wirtschaftslage des Landes und der Dankbarkeit des amerikanischen Volkes für die Unterstützung Ausdruck, welche die Inseln den im Krieg befindlichen befreundeten Staaten durch Lieferung von Kriegsmaterial angedeihen ließen. Die in Aussicht genommene Zolltarifrevision empfahl er bis nach Friedensschluß zu verschieben.

Dr. oec. publ. Arthur Heber

## Eine mitteleuropäische Entscheidung?

den Stand der östlichen Probleme geklärt und zu einem Ergebnis geführt haben, auf dessen Grundlage die dauernden Beziehungen auch der verbündeten Reiche neu geregelt werden können.

Ein solcher Aufschub kann zwei Motiven entstammen. Er

kann in der Erkenntnis begründet sein, daß die Dringlichkeit und die Stärke des deutschen Bündnisses mit Österreich-Ungarn sehr wesentlich von dem Aggregat-Zustand abhängen muß, in dem sich Rußland nach dem Kriege befinden wird: Zerfällt Rußland dauernd in einen Komplex mittelgroßer Staaten mit instabilen inneren Verhältnissen, so wird Inhalt und Umfang des Bündnisses der Mittelmächte dieser Veränderung Rechnung tragen müssen. Von diesem Standpunkt aus würde es verständlich sein, daß man die handelspolitischen Abmachungen der Mittelmächte erst dann fixieren will, bis sich die Richtung der innerrussischen Entwicklung deutlicher erkennen läßt. Im andern Fall müßte angenommen werden, daß die leitenden Männer der verbündeten Reiche die Entscheidung im Sinne des Mitteleuropa-Gedankens bereits getroffen haben und mit dem formellen Abschluß nur solange warten wollen, bis die Lösung der polnischen Frage dem neuen System den sichernden Schlüsselstein einzufügen gestattet.

Gegen die zweite Annahme sprechen die bisher erfolgten Veröffentlichungen über den Gang der ministeriellen Verhandlungen und die Äußerungen so kompetenter Persönlichkeiten, wie die des ungarischen Ministerpräsidenten, der noch jüngst betonte, daß die handelspolitische Annäherung der Reiche sich erst in einem „primitiven Stadium“ befinde. Immerhin ist das Gewicht dieser Einwände nicht stark genug, um jene zweite Annahme durchaus zu entkräften: es spricht für sie vor allem die Erwägung, daß bei den beteiligten Persönlichkeiten die relative Auffassung des Bündnisses der Mittelmächte nicht vorausgesetzt werden kann, die jene Politik sonst allein verständlich machen würde. Auch scheint die Richtung, die man den politischen Verhandlungen mit den östlichen Völkern zu geben sucht, darauf hinzudeuten, daß den verbündeten Staatsmännern ein ziemlich deutliches Bild von der zukünftigen Struktur Mitteleuropas gegenwärtig ist, dessen Realisierung allerdings erheblich erleichtert würde, wenn ein politisches fait geschaffen wird, das jene Realisierung zwangsläufig nach sich zieht.

Nun ist zwar die Meldung, die polnische Frage würde im Sinne der „austro-polnischen Lösung“ beantwortet werden, in einer bestimmten, wenn auch nicht eigentlich kategorischen Weise dementiert worden. Wer aber die österreichisch-ungarische Publizistik verfolgt und in den offiziellen Kundgebungen der Wiener Politik zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird keine Zweifel daran hegen können, daß jene austro-polnische Lösung — um es ganz behutsam zu sagen — unter allen Möglichkeiten heute bei weitem die meisten Chancen der Verwirklichung hat. Die Gründe dieser Tatsache sind in Deutschland selten diskutiert worden. Sie liegen vor allem in dem Umstand, daß kein anderes der bereitliegenden Projekte den von Rußland losgelassen Polen mit einem hohen Maß staatlicher Autonomie zugleich die Vereinigung mit einem anderen wesentlichen Teile der polnischen Nation zusichert. Die Verbindung von Krakau und Warschau unter einem König, der durch Personalunion zugleich Kaiser von Österreich und König von Ungarn ist, scheint ihnen selbst verlockender als die Errichtung eines selbständigen Königreichs unter einem unabhängigen Herrscher.

Von österreichischer Seite wird die Verschmelzung Kongreßpolens mit Galizien zu einem polnischen Königreich unter habsburgischem Herrscher und die Umwandlung der dualistischen in eine trialistische Monarchie mit der Begründung befürwortet, daß bei der Errichtung Kongreßpolens als eines unabhängigen Staates die polnische Irredenta Galiziens so mächtig werden würde, daß der Zusammenhalt der Monarchie nicht mehr gesichert sei. Auch wird darauf hingewiesen, daß nach dem Aus-

scheiden Galiziens aus dem österreichischen Teil des Reichs dort die Deutschen (falls die Sozialdemokratie sich zum Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien entschließt) eine Mehrheit darstellen würden, die stark genug sei, um die Stetigkeit der politischen Willensbildung in hohem Grade zu verbürgen, aber nicht so groß, daß die Gefahr einer gewaltsamen Behandlung der anderen Nationalitäten bestünde. Diese selbst erachten jedoch den Trialismus als durchaus unannehmbar. Die Tschechen fürchten Vergewaltigung in Österreich, die Ruthenen Ostgaliziens im neuen Polen, die Südslawen sehen die Verwirklichung ihrer nationalen Aspirationen weiter hinausgeschoben, die Ungarn wehren sich dagegen, daß ihr Einfluß im Habsburgerreich im Verhältnis von 3:2 herabgesetzt werden soll.

Daß eine galizisch-polnische Beantwortung der polnischen Frage auch für Deutschland nicht ohne weiteres annehmbar ist, sehen auch die österreichischen Verfechter jener Politik ein. Verweist man sie auf die polnische Irredenta des deutschen Reichs, so entgegnen sie, daß Deutschlands Bestand kraft seiner festeren Struktur durch eine solche Irredenta nicht so leicht aus den Fugen zu bringen sei wie das in ganz ungesichertem Gleichgewicht lebende Österreich. Aberdies sei Deutschland nicht in der Lage, bei einer Angliederung Kongreßpolens an Preußen der polnischen Bevölkerung so viel Autonomie zu gewähren wie eine trialistische Habsburger-Monarchie. Aber man erkennt an und spricht es offen aus, daß Deutschland eine Ausdehnung der verbündeten Monarchie im Norden sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen nicht dulden könne, wenn nicht Deutschlands Einfluß auf die staatlichen und ökonomischen Geschicke des neuen Polens unbedingt und für alle absehbare Zeit sichergestellt sei. Diese Bedingung aber könne nur erfüllt werden, wenn sich Deutschland und die Habsburger-Monarchie entschließen, in Zukunft mitteleuropäische Politik und Wirtschaft zu treiben.

Diese Beweisführung ist durchaus schlüssig. Gliedert sich Polen der Donaumonarchie an, so umschließt diese Monarchie einen Staat, der kraft seiner Geschichte, seiner Lage und seiner Wirtschaft die Herstellung eines neuen Verhältnisses zwischen der Monarchie und dem deutschen Reiche fordert. Das Reich erhält an seiner Ostgrenze an Rußlands Stelle die Habsburger Monarchie zum Nachbarn, die durch die Aufnahme Kongreßpolens ihre militärische Position sehr verstärkt, ihre finanziellen Sorgen aber mindestens im gleichen Maße vermehrt. Beides kann dem Reiche nicht gleichgültig sein. Es wäre denkbar, daß man einen Ausweg aus dieser Situation darin suchte, daß das austro-polnische Königreich wirtschaftlich dem Reiche angegliedert würde: nimmt man es in die deutschen Zollgrenzen auf, stellt den Anschluß seines Bahnnetzes an das deutsche sicher und führt die Reichsmarkwährung in Polen ein, so wäre Österreich ein Teil der wirtschaftlichen, Deutschland ein Teil der politischen Sorgen genommen. Es wäre damit auch der Grundtatsache Rechnung getragen, daß das polnische Wirtschaftsgebiet erschichtlich nicht nach der Adria, sondern nach der Ostsee gravitiert. Fürchtet man dagegen, daß diese Lösung in neuem Gewand die schleswig-holsteinischen Entwicklungen der Jahre 1864—66 nach sich ziehen würde, so bleibt in der Tat kein anderer Weg als die Herstellung einer deutsch-österreichisch-ungarisch-polnischen Wirtschafts- und Zollunion.

Wir machen diese Feststellung, ohne diesen oder jenen Zustand als empfehlenswert zu bezeichnen. Wir haben an dieser Stelle nur die Verkettung der Dinge darzulegen und den Umfang der Verantwortung derjenigen Männer aufzuweisen, in deren Händen die Entscheidung über diese Dinge liegt.

Dr. Kurt Singer